MITTEILUNGSVORLAGE

			Vorlage-Nr.: M 21/0262
604 - Fachbereich Verkehrsflächen, Entwässerung und Liegenschaften			Datum: 27.05.2021
Bearb.:	Kröska, Mario	Tel.:-258	öffentlich
Az.:			

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Zuständigkeit
-----------------------	-----------------------	----------------------

Ausschuss für Stadtentwicklung und Verkehr	03.06.2021	Anhörung
--	------------	----------

**Abendliche / nächtliche Ruhestörung auf dem Parkplatz vor dem Kulturwerk (Stadtpark)
hier: Beantwortung einer Anfrage von Frau Müller-Schönemann am 20.05.2021 (TOP 10.08.)**

In der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Verkehr am 20.05.2021 berichtet Frau Müller-Schönemann (für die CDU Fraktion), dass es auf dem Parkplatz vor dem Kulturwerk der Stadt Norderstedt immer wieder zu (meist abendlichen/nächtlichen) Ruhestörungen durch Motorräder, Quads, Autos komme. Dies geschehe sogar während der regulären Öffnungszeiten des Parks.

Durch das Quietschen und Driften dieser Fahrzeuge entstünde nicht nur Lärm, es sei zudem auch gefährlich.

Polizeiliche Kontrollen wären fast wirkungslos bzw. würden nur für den Moment helfen.

Insofern fragt Frau Müller-Schönemann an:

1. Ist es der Verwaltung möglich, verkehrsberuhigende Maßnahmen wie z. B. Fahrbahnschwellen auf dem Parkplatz zu errichten?
2. Welche Kosten würden dadurch entstehen, die möglichst aus dem laufenden Haushalt gedeckt werden können?
3. Wie schnell können geeignete Maßnahmen auf den Weg gebracht werden?

Es wird um Beantwortung der Anfrage zur nächsten Sitzung des Ausschusses gebeten.

Antwort zu Frage 1.:

Der vorgeschlagene / angefragte Einbau von Bodenschwellen, Rampen, Kissen oder anderen geschwindigkeitsbremsenden Baukörpern auf dem gesamten Parkplatz (vor dem Stadtpark / Kulturwerkeingang) wird und kann seitens der Verwaltung nicht ohne entsprechende politische Mehrheitsbeschlüssen erfolgen. Zudem werden diese Vorschläge seitens des Baudezernates weder fachlich unterstützt noch sachlich als geeignet empfunden (u. a. aus finanziellen, haftungsrechtlichen, gesundheitlichen und lärmtechnischen Gründen).

Zur detaillierten Erläuterung:

Der Parkplatz vor dem Stadtpark- / Kulturwerkgelände wurde seinerzeit mit erblichem Planungsaufwand, mit hohen städtebaulichen Gestaltungsansprüchen und dadurch vergleichsweise kostenintensiv realisiert.

Der Platz wurde u. a. nahezu höhengleich, unmöbliert und dadurch besonders barrierefrei erbaut, so dass dieser alle Voraussetzungen für ein verständiges und der Situation ange-

Sachbearbeiter/in	Fachbereichsleiter/in	Amtsleiter/in	mitzeichnendes Amt (bei über-/ außerplanm. Ausgaben: Amt 11)	Stadtrat/Stadträtin	Oberbürgermeisterin
-------------------	-----------------------	---------------	--	---------------------	---------------------

passtes Verkehrsverhalten bietet und alternativ auch als freies Veranstaltungsgelände dienen kann.

Gemäß der Straßenverkehrsordnung und der polizeilichen Unfalldokumentation ist dort eine sehr sichere und übersichtliche (Parkplatz-)Verkehrsfläche entstanden / vorhanden.

Im „Gewerbegebiet Stonsdorf“ befinden sich in unmittelbarer Nachbarschaft zum Stadtpark zahlreiche öffentlich zugängliche Parkplätze. Insofern ist es möglich, dass dort überall im Gebiet nächtliches (ruhestörendes) Quietschen und Driften von Kraftfahrzeugen vorkommt.

Selbstverständlich gibt es immer wieder einzelne Auto- und Zweiradfahrer, die jegliche Rücksichtnahme, Akzeptanz und Einsicht vermissen lassen. Leider muss an dieser Stelle darauf hingewiesen werden, dass es sich hierbei um Vorkommnisse handelt, die im gesamten Stadtgebiet auftreten können.

Für Geschwindigkeitsübertretungen zum Zwecke der privaten Unterhaltungssteigerung sind in der Regel nicht ortsfremde Kraftfahrzeugführer verantwortlich, sondern diese werden überwiegend von ortsnah ansässigen Bürgern (oder deren Besuchern) mit guten Kenntnissen der jeweiligen Stadtteile selbst verursacht.

Zudem ist zu bemerken, dass im Zuge der polizeilichen Unfalldokumentation andere Straßenabschnitte in Norderstedt mit wesentlich größerem Konfliktpotenzial festgestellt wurden. Die Polizei führt dennoch auf den Parkplatzgeländen „rund um den Stadtpark“ immer wieder nächtliche Kontrollen durch.

Die Verwaltung teilt zwar grundsätzlich die Auffassung, dass bestimmte bauliche Ausführungsbestimmungen eine sinnvolle Unterstützung zur Verkehrsberuhigung darstellen. Jedoch auf keinen Fall auf Multifunktionsplätzen, bzw. auf Parkplätzen, sondern dann nur in Straßen, die durch sensible Wohngebiete führen.

Dennoch wurden auf dem Parkplatzgelände (vor dem Stadtpark) bereits im Zuge der Herstellung unterschiedliche Oberflächenstrukturen eingebaut. So wurde der gepflasterte Fahrspurbereich sogar mit abgesetzten Reliefplatten eingefasst.

Ein zügiges Überfahren dieser Platten ist bereits heute für alle Verkehrsteilnehmer deutlich wahrnehmbar und wirkt geschwindigkeitsreduzierend.

An dieser Stelle muss insbesondere darauf hingewiesen werden, dass die Stadtverwaltung auf den Einbau von regelmäßigen Bodenwellen (sog. Schikanen oder Schwellen) seit Umsetzung der „Flächenhaften Verkehrsberuhigung“ in Gänze verzichtet, weil sie von den Rettungsdiensten und der Feuerwehr, nach gemeinsamer Abstimmung, als Gefahrenquellen abgelehnt wurden und werden.

Außerdem werden vorhandene Bodenwellen von den Anwohnern als doppelte Belastung eingestuft, weil zusätzlich zu dem Abbrems- und Anfahrgeräusch noch das Überfahrgeräusch eine (24 Stunden) Lärm- und Abgasbelastungssteigerung darstellt.

Gegen überhöhte Geschwindigkeiten motorisierter Zweiräder entfalten solche „Schikanen“ nahezu keinerlei Wirkung. Im Gegenteil, oft entstehen bei zu schnellem oder unbeachteten Überfahren dieser Schwellen sehr schwere Verkehrsunfälle mit Personenschäden.

Antwort zu Frage 2.:

Um auf der Fläche dieses höhengleichen Parkplatzgeländes überhaupt (mit Schwellen oder anderen geschwindigkeitsreduzierenden Elementen) einen Bremseffekt erzielen zu können, wäre eine sehr große Anzahl von Einbauten / Schwellen / Kissen erforderlich.

Alle Fahrspuren müssten mit derartigen Elementen bestückt werden, so dass schätzungsweise insgesamt mindestens Finanzmittel in Höhe von 60.000,00 EURO (günstige Kunststoffelemente) bis maximal 200.000,00 EURO (baulich aufwendige u. nachhaltige Herstellung – passend zum Parkplatzdesign) benötigt würden.

Letztlich würden diese „teuren“ Schwellen dann (als negative Begleiterscheinung) Fremdkörper, Barrieren oder sogar Stolperfallen für fußläufige u. Rad fahrende Besucher des Stadtparkes oder des Kulturwerkes oder auch der Musikschule darstellen.

Schon die Tatsache das sich der Parkplatz in der Nacht überwiegend leerstehend darstellt bedingt, eine flächenhafte Ausstattung mit „Schikanen“. Dabei ist zu berücksichtigen, dass es dort aus Gründen des Umweltschutzes (Park!) nicht immerzu taghell ausgeleuchtet ist und in den Schwachlastzeiten Fahrzeuge bisher sehr frei auf den Pflasterflächen rangieren / verkehren konnten.

Schwellen würden fortan ständig für eine erheblichen Überfahrlärmsteigerung sorgen, Probleme bei Ein- und Ausparkvorgängen bereiten, Radfahrurfälle steigern und Hürden für mobilitätsbeeinträchtigte Menschen aufbauen. Eine Erhöhung der dort vorhandenen Beleuchtungsstärken wäre als Konsequenz die unabdingbare Folge.

All dies nur, um „Driften und Quietschen zu verhindern, erscheint unangemessen.

Darüber hinaus gibt es zurzeit noch etliche Bereiche im Stadtgebiet, die über keinerlei oder nur sehr geringe bauliche Maßnahmen zur beabsichtigten Geschwindigkeitsreduzierung verfügen.

Im städtischen Haushalt sind lediglich Finanzmittel (in begrenzter Höhe) zur Optimierung von Fußverkehrs-/ Radverkehrs-/ oder Schulwegsicherungsanlagen vorhanden.

Finanzmittel für Straßen- und Kanalunterhalt können (haushaltsrechtlich) nicht für den Neubau diverser Geschwindigkeitselemente zweckentfremdet werden.

Zudem handelt es sich auch um eine Summe von mindestens 60.000,00 EURO, die nicht in den Haushalt eingeworben wurde und somit kassenwirksam nicht zur Verfügung steht.

Antwort zu Frage 3.:

Gem. oben erläuteter Gründe / Sachverhalte wird die Stadtverwaltung auf dem Parkplatz (vor dem Kulturwerk) keine Bodenwellen oder ähnliche weitergehende Maßnahmen in eigener Zuständigkeit einbauen, zumal verschärfte bauliche Veränderungen dort zu erheblichen Problemen im Falle von Notfall- und Rettungseinsätzen (auch Herzpatienten) führen würden. Darüber hinaus entstünden Gefahrenstellen für Radfahrer, Fußgänger und insbesondere für mobilitätsbeeinträchtigte Besucher des Stadtparkgeländes.

Insgesamt erachtet das Baudezernat dort entsprechende Bremsmaßnahmen für nicht erforderlich und sogar für wirtschaftlich und haftungsrechtlich unangemessen.

Selbstverständlich könnten entsprechende (anderslautende) politische Mehrheitsbeschlüsse (für eine Umsetzung und Bereitstellung von Haushaltsmitteln) gefasst werden.

Abgesehen von baulichen Elementen wird bereits parallel mit der Stadtpark GmbH abgestimmt über den Sicherheitsdienst den Parkplatz mit überwachen zu lassen.